



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das französische Ministerium.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Das französische Ministerium.

Diese Blätter haben gleich bei der Constituirung des neuen Ministeriums in Paris auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, welche es haben muß, eine wirklich constitutionelle Regierung in Frankreich herzustellen und hervorzuheben, wie wenig günstig die beiden großen Factoren, welche bis jetzt jede Revolution seit 1789 überdauert haben, nämlich das bureaukratische Verwaltungssystem und die Armee, dem Versuche, das liberale Kaiserthum an die Stelle des persönlichen Regiments zu setzen, sein müssen. Es mag grade jetzt, wo das neue Cabinet in seinen Flitterwochen steht und andererseits die innere Geschichte seiner Bildung durchsichtiger geworden ist, an der Zeit sein, auf diese Bedenken zurückzukommen und zu zeigen, daß bis jetzt nichts mehr gewonnen ist als nothdürftiger Raum zu einem Versuch, die constitutionelle Regierungsform auf französischen Boden zu verpflanzen: denn daß dies der Restauration wie der Julimonarchie nicht gelungen ist, daß vielmehr beide nicht über die Außenseite des Constitutionalismus hinaus kamen, hat die Erfahrung gezeigt.

Was nun zunächst die Entstehung und Zusammensetzung des Cabinets anlangt, so dürfte nach zuverlässigen Angaben einigermaßen zweifelhaft sein, daß dasselbe den Namen eines Ministeriums Olivier verdient. Olivier war allerdings vom Kaiser beauftragt, eine homogene Verwaltung zu bilden und er war wohl der einzige Mann, an den sich Napoleon wenden konnte, weil er die Versöhnung des Kaiserthums mit der Freiheit zu seinem ersten Princip machte. Aber er hatte diesem Princip im Laufe des letzten Jahres bereits solche Opfer gebracht, daß er seinen früheren Parteigenossen sehr bedenklich geworden war. Seine Wiederwahl konnte nur unter dem Schutze der Regierung durchgesetzt werden; er sprach sich für die Candidatur Pouyer-Quertiers aus und stimmte für die Bestätigung aller officiellen Candidaten, auch in den Fällen notorischer Corruption. Er wollte deshalb bei seinem Versuch, ein Ministerium zu bilden, sich vor Allem auf das rechte Centrum stützen und von den früheren Ministern, außer den Fachmännern des Krieges und der Marine, auch Magne erhalten; schließlich mußte er selbst dem Kaiser gestehen, daß seine Liste auf keine feste Majorität im gesetzgebenden Körper rechnen könne, alle Chefs des linken Centrums hatten seine Anerbietungen abgelehnt. Die Folge des offenkundigen Scheiterns eines Ministeriums Olivier aber hätte zu einem reinen Ministerium des linken Centrums führen müssen, welches dann wieder das rechte Centrum und die äußerste Rechte gegen sich gehabt hätte. Der Kaiser beschied, um dem vorzubeugen, den Grafen

Daru, als den angesehensten Führer des linken Centrums, zu sich, um ihn zu bewegen, seine Partei an dem Ministerium theilnehmen zu lassen. Derselbe stellte seine Bedingungen, unter Anderem den Rücktritt Magne's, und rief als diese acceptirt waren, Buffet, Ségris und Talhouët ins Cabinet, wodurch dasselbe ein ganz anderes Ansehen gewonnen. Man kann also sagen, daß nicht Olivier Daru gewählt hat, sondern daß Daru eigentlich das Cabinet gebildet und Olivier für das Portefeuille der Justiz acceptirt hat. Daß das Ministerium, so wie es schließlich constituirte ist, so ziemlich das beste ist, welches gegenwärtig gebildet werden konnte, räumen wir bereitwillig ein, aber man darf die Geschichte seiner Entstehung nicht außer Auge lassen, denn sie beweist, daß es nicht die homogene Verwaltung ist, die Olivier dem Kaiser schaffen sollte. Zwischen seinen Mitgliedern bestehen erhebliche Differenzen, Graf Daru z. B. gilt für einen Zögling Thiers und ist, wie auch Buffet und Ségris, für ein gemäßigtes Schutzollsystem. Olivier hat sich, obwohl er Pouyer-Quertier's Candidatur befürwortet, stets als principieller Freihändler ausgesprochen: indeß über diese Frage mag man noch durch Einsetzung einer parlamentarischen Enquête wegkommen. Schwieriger schon steht es mit der Armee-reduction; das Contingent kann unzweifelhaft möglichst herabgesetzt werden, aber der Kaiser wird nicht seine Zustimmung geben, die kaum durchgeführte Armee-reform, welche den großen Mehraufwand gebracht hat, rückgängig zu machen, und was den Vorschlag einer allgemeinen Entwaffnung betrifft, welche die Linke fordert, so weiß der General Leboeuf sehr wohl, daß Preußen hierauf nicht eingehen kann, aus dem einfachen Grunde, weil die Friedensstärke seiner Armee sich bereits auf dem niedrigsten Stande befindet, der mit ihrer Organisation verträglich ist; man lese nur den vortrefflichen Aufsatz Rougemont's: *L'armée Prussienne en 1870* in der neuesten Revue des deux Mondes. Ein Ansinnen auf Entwaffnung, das in Berlin gestellt würde, könnte also nur zu unangenehmen Erörterungen führen, nicht zu praktischen Resultaten.

Aber der eigentliche Stein des Anstoßes bleibt die Wahlreform, die Abschaffung der officiellen Candidaturen und die gesetzliche Feststellung der Wahlbezirke, der dann die Auflösung der jetzigen Versammlung folgen müßte. Für diese Reform hat sich im Sommer Alles im Corps législatif ausgesprochen, was noch entfernt auf Unabhängigkeit Anspruch machte, ja selbst die Rechte erklärte, sie fürchte freie Wahlen nicht, die große Mehrheit des Landes sei bonapartistisch und conservativ, — was sie freilich nicht hinderte, alle faulen Resultate der officiellen Candidaturen zu bestätigen. Wenn sich nun Olivier im Widerspruch mit seiner Vergangenheit ihr daran anschloß, so kann das doch nur den Sinn haben, daß er wohl die Wahlreform will, aber nicht die sofortige Auflösung. Daru dagegen

Buffet, Ségris und Talhouët haben gegen jene Officiellen gestimmt und müssen consequenterweise fordern, daß eine aus freien Wahlen hervorgehende Versammlung an die Stelle der jetzigen trete. Freilich kann man nicht verkennen, daß, falls die Auflösung nach Abwicklung der nothwendigsten Geschäfte ausgesprochen würde, die Neuwahlen unter den ungünstigsten Umständen stattfinden würden. Das Ministerium hätte noch nicht Zeit gehabt, seine Tüchtigkeit zu erproben und müßte doch seinen Einfluß auf die Wähler aufgeben, die Agitation der Linken und der Socialisten würde großartige Verhältnisse annehmen und zum ersten Male Spielraum haben, sich auf dem platten Lande frei zu entwickeln. Es würde sich bei den Candidaturen wahrscheinlich viel weniger um praktische Maßregeln als um allgemeine Programme handeln, die schließlich auf die Frage Kaiserreich oder Republik herauslaufen würden. Nun sagen zwar die Bonapartisten, sie fürchteten freie Wahlen nicht, die Bauern, der Clerus und die Mehrheit in den kleinen Städten seien dynastisch-conservativ gesinnt. Aber wenn dieß der Fall, warum haben denn Billaut, Rouher und Forcade, die doch Frankreich auch kennen, so krampfhaft an den officiellen Candidaturen gehalten? Wir wissen, daß scharfe Beobachter, welche nicht zu den Pessimisten gehören, der Ansicht sind, daß Neuwahlen jetzt zu einer girondistischen Constituante führen würden. Es ist nun möglich, daß die Minister des linken Centrums in Anbetracht dieser Umstände sich von Olivier bestimmen lassen, die Wahlreform bis an das Ende der Session zu verschieben, um die Auflösung erst im nächsten Jahre eintreten zu lassen (auch Thiers soll hierfür sein), um so Zeit zu gewinnen, eine feste Stellung zu erhalten. Aber es läßt sich nicht verkennen, daß diese Politikk-Schwierigkeiten anderer Art hervorruft; die Linke wird nicht müde, zu wiederholen, daß das Ministerium keinen Anspruch auf das Vertrauen des Landes habe, so lange es sich nicht auf die Majorität eines frei gewählten Parlaments stützen könne, die Rechte ist an sich der neuen Aera ungünstig und die Unterstützung des rechten Centrums hängt wesentlich von dem Einfluß des Kaisers ab; das Ministerium wird also, wenn es nicht auflösen will, durch die Macht der Dinge dahin gedrängt werden, sich mehr und mehr auf den Kaiser zu lehnen, dessen Macht es doch grade brechen soll.

Dies führt auf den schwächsten Punkt des ganzen liberalen Baues. Das Senatus-Consultum hat thatsächlich an Machtbefugnissen dem Corps législatif nur freie Discussion und das Recht, seine Bureaus zu wählen, gegeben, nicht aber die Competenz, die Verfassung abzuändern, welche vielmehr ausschließlich in den Händen des Senats geblieben ist, dessen Mitglieder vom Kaiser ernannt werden. Damit aber hat constitutionell dieser das Heft in seiner Hand behalten. Er hat der Strömung gegen die persönliche Regierung nachgegeben, weil er sah, daß sie zu stark sei, um einfach zu wider-

stehen. Aber nur politische Natvetät kann glauben, daß er seine Ueberzeugung geändert und sich zum Parlamentarismus bekehrt habe. Ein verhältnißmäßig junger Mann wie Franz Josef I. mag unter den Schlägen, welche Oestreich betroffen, zu der Ansicht gedrängt werden, es gehe mit dem Absolutismus nicht weiter, aber ein dem Greisenalter nahestehender Herrscher, der sein ganzes Leben gegen das parlamentarische Regiment geschrieben und gesprochen, der wenigstens was Frankreich betrifft theoretisch die Unhaltbarkeit dieser Regierungsart verfocht und dieselbe praktisch durch den Staatsstreich vernichtete, gibt seinen mit fatalistischer Consequenz festgehaltenen Ansichten kein Dementi. Der Wechsel, dessen Entwicklung wir jetzt sehen, ist ihm von seinen Gegnern aufgezwungen, er fügt sich und pocht nicht wie Karl X. und Guizot auf eine nominelle Majorität in der Kammer, weil er fühlt, daß Widerstreben die Opposition noch steigern würde, aber er hat, dessen sind wir sicher, auf keine seiner Ideen verzichtet und rechnet darauf, daß das Experiment, für welches er jetzt mit Loyalität freie Bahn gibt, mißlingen wird. Man bemerke nur, wie bezeichnend die Worte seiner Thronrede waren: „Ich garantire die Ordnung, helfen Sie mir, die Freiheit zu retten.“ Wenn sich aber nun der neue Parlamentarismus unfähig erweist, die Freiheit mit der Ordnung zu versöhnen, so wird der Kaiser, der trotz aller Concessionen mit Armee und Bureaokratie doch noch die größte Macht in Frankreich ist, nicht auf dem Platze fehlen, wenn es sich wieder um die Rettung der Gesellschaft vor der Anarchie handelt.

Dies sind, von den persönlichen Fehlern abgesehen, welche ein so eitler und zweifelhafter Mann wie Ollivier schwerlich vermeiden wird, die nächsten und größten Schwierigkeiten, welche das Ministerium zu überwinden haben wird, wenn der erste Jubel seines Honigmondes vorüber ist. Von den noch weit größeren, die es haben muß, ein seit 18 Jahren aller Freiheit beraubtes, seit Jahrhunderten bureaukratisch centralisirtes Land zum weisen Gebrauch der repräsentativen Regierung zu erziehen, wollen wir noch gar nicht reden; es ist genug, daß ein jeglicher Tag seine Plage habe und die Aufgabe des heutigen Tages ist so groß, daß wir vorläufig noch an der Kraft des Ministeriums, sie zu lösen, bescheidene Zweifel hegen.